



Sendung vom 14.08.2000

Dr. Herbert Hupka
Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien a.D.
im Gespräch mit Dieter Sinnhuber

- Sinnhuber:** Willkommen bei Alpha-Forum. Unser Gast ist heute Dr. Herbert Hupka. 32 Jahre lang war er Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, und er ist ein glühender Sachverwalter der Vertriebenen. Von Beruf ursprünglich Journalist, war er unmittelbar nach dem Krieg 12 Jahre lang beim Bayerischen Rundfunk. Später gehörte er 20 Jahre lang dem Deutschen Bundestag an. Er ist ein Vollblutpolitiker, der keinem Konflikt aus dem Wege ging und kompromisslos die Rechte der Vertriebenen eingefordert hat. Herr Dr. Hupka, Sie können auf 85 bewegte Jahre zurückblicken. Vorweg schon einmal eine kurze bilanzierende Frage: Was ist für Sie das wichtigste Ziel, das Sie in Ihrem langen politischen Leben erreicht haben, und was ist im Gegensatz dazu unerledigt geblieben?
- Hupka:** Erledigt wurde, dass die Deutschen und die Polen zwei freie Nachbarn sind, dass die Mauer gefallen ist, dass wir die staatliche Wiedervereinigung bekommen haben und dass ich heute mit freien Polen als freier Deutscher Gespräche führen kann bis hin zur Diskussion und Disputation. Nicht erledigt worden ist die Zukunft Schlesiens. "Schlesien ist etwas Besonderes" sagte Bill Clinton am 2. Juli in Aachen. Das spüren auch heute die in Schlesien lebenden Polen. Wenn Polen Mitglied der Europäischen Union wird, besteht die große Chance, dass dann vielleicht die Region Schlesien eine besondere Rolle als Nachbar Sachsens spielen könnte.
- Sinnhuber:** Sie selbst stammen aus Ratibor in Schlesien, das heute zu Polen gehört. Zur Welt gekommen sind Sie in Ceylon, dem heutigen Sri Lanka. Insofern sind Sie zum Weltbürger prädestiniert. Geblieben sind Sie all die Jahre – das haben Sie oft gesagt – ein Schlesier oder ein Ostdeutscher. 1945 wurden Sie als Dreißigjähriger aus Schlesien vertrieben. Welche Erinnerungen haben Sie an diesen damaligen Vorgang?
- Hupka:** Ich habe es noch lebhaft in Erinnerung, weil mich die Kommunisten unter den Polen zweimal eingesperrt haben. Es war sehr misslich, denn ich war im Keller eingesperrt. Als ich aus der Wehrmacht ausgestoßen wurde, habe ich bei den Tschechen gearbeitet und habe somit auch etwas Tschechisch gesprochen. Die Tschechen sind meine Nachbarn. In meinem Lebenslauf gab es angeblich auch eine tschechische Linie – was gar nicht stimmte –, aber so ließen mich die Polen wieder laufen. Ich habe heute aber keine Ressentiments gegenüber den Tschechen oder den Polen, aber man muss es in sein Weltbild mit aufnehmen.
- Sinnhuber:** Wie ist der Vorgang der eigentlichen Vertreibung aus Ihrer Urheimat abgelaufen?
- Hupka:** Ich habe versucht, noch einige Bücher zu retten und mit einem Handwagen über die Grenze zu kommen, was mir aber misslang. Ich war dann in einem Teil Ratibors, das bis 1918 deutsch, dann bis 1938 tschechisch war. Ich wurde aus der Wohnung herausgejagt. Meine Mutter war seit 1944 in Theresienstadt, und die Nazis hatten daraufhin unsere Wohnung versiegelt.

Ich bin aus einer versiegelten Wohnung, die ich in der Zwischenzeit natürlich aufgebrochen hatte, vertrieben worden.

Sinnhuber: Sie hatten als kleines Kind schon eine Odyssee durchgemacht, nachdem Ihre Eltern während des Ersten Weltkrieges nach China aufgebrochen waren. Durch den Krieg wurde Ihre Familie in Ceylon und später in Australien interniert. Erst im Alter von vier Jahren durften Sie nach Deutschland zurück. Ihr Vater verstarb auf einem Schiff. Haben Sie diese Erfahrungen als Kind traumatisiert?

Hupka: Die Erfahrungen habe ich mitgenommen, aber ich weiß nicht, ob die Erfahrungen durch Erzählungen meiner Mutter deutlich geworden sind, denn bei mir blieben nur Erfahrungen während der Internierung in Australien lebendig. Eine sehr amüsante Sache war, dass sich mein Vater weigerte, seinen Sohn von einem Deutschenasser – einem englischen Geistlichen – taufen zu lassen, sodass ich erst am 13. August 1919 getauft wurde, obwohl ich am 15. August 1915 geboren bin. Manche sagen, dass der Hupka am 13. August getauft worden ist und am 15. August geboren wurde, weil die Daten vertauscht wurden. Schlesier haben dafür gesorgt, dass das Originaltaufzeugnis aus dem Jahr 1919 mir jetzt zugeschickt wurde. Das Schicksal hat also zu Beginn schon deutlich in mein Leben eingegriffen.

Sinnhuber: Sie bekamen als junger Mann Schwierigkeiten mit den Nazis: Sie wurden eingesperrt und aus der Wehrmacht entlassen, wegen der angeblichen halb-jüdischen Herkunft Ihrer Mutter.

Hupka: Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie sagen "angeblichen Herkunft", weil viele den Ausdruck gebrauchen, der aus der Nürnberger Gesetzgebung der Nazis stammt, aber es gab weder Halbjuden noch Juden als Rasse. Es gibt ein sehr gutes Buch von einem Soziologen aus Berlin, der sagte, dass er erst durch die Nazis zum Juden wurde. Er stammte aus einer ganz liberalen Familie und hat sich gar nicht als Jude gefühlt. Die Nazis haben ihn aber aufgrund der Abstammungslehre zum Juden gemacht. Ich protestiere immer gegen den Ausdruck "Halbjude" oder meine Mutter sei Jüdin. Meine Mutter ist evangelisch geboren und war nie in einer Synagoge. Das sind alles Ausdrücke aus der Nürnberger Gesetzgebung der Nationalsozialisten.

Sinnhuber: Nun haben Sie gerade durch diese Vorgänge bittere Erfahrungen mit den Nazis machen müssen. Waren diese Erfahrungen ein Grund, weshalb Sie sich 1955 speziell der SPD zuwandten?

Hupka: Nein, die Gründe, weshalb ich mich der SPD zuwandte, waren Kurt Schumacher und Paul Löbe, prominente Sozialdemokraten, die gleich nach 1945 sehr demokratisch einerseits, aber auch patriotisch andererseits operierten. Das brachte mich zur SPD. Ich bin binational und bikonfessionell aufgewachsen - mein Vater war katholisch, meine Mutter evangelisch -, und damals habe ich nicht konform sein können mit dem von mir sehr geschätzten Karl Hundhammer, der die Konfessionsschule wieder einführen wollte. Das lag mir gar nicht. Auf diese Weise wurde ich 1955 Sozialdemokrat. Das hat mit der Vergangenheit und der Verfolgung aber nichts zu tun.

Sinnhuber: Während Ihrer Zeit beim Bayerischen Rundfunk nach Kriegsende in den vierziger und fünfziger Jahren haben Sie sich schwerpunktmäßig mit Ostfragen befasst. Worin lag damals der Schwerpunkt Ihrer Arbeit?

Hupka: Beim Rundfunk habe ich mich vor allem mit zeitgeschichtlichen Fragen befasst. Ich bin eigentlich Germanist und Historiker und habe sehr viel an Nachholunterricht in den Rundfunk hineingebracht über Brüning, die Weimarer Verfassung, später über Jalta und Potsdam, und ich habe mich erst Ende der vierziger Jahre zum großen Teil um die Ostprobleme und auch um die Integration der Vertriebenen - was sie wollen und wie sie

versuchen, das, was sie sich vorgenommen haben, friedlich zu erreichen - gekümmert.

Sinnhuber: Ihr Ansatz in dieser Zeit war zunächst weit über diesen deutschen oder engeren Rand Polens oder der Vertreibung hinaus.

Hupka: Ja, und ich war stolz darauf. Ich habe eine Jugendzeitschrift von 1945 bis 1948 herausgebracht, in der es auch um die Demokratisierung der Generationen und danach um die Kriegsheimkehrer ging. Mir ging es immer um das demokratische Bewusstsein und um die Kenntnis der Vorgänge. Die Nazis hatten dafür gesorgt, dass es ein konformes Bild der Weimarer Republik gab - das waren alles Lumpen und Verräter -, und sie hatten zugleich dafür gesorgt, dass dieses Bild auch über Albanien, die Tschechoslowakei und Polen projiziert wurde. Wir haben in gewissen Abständen hierüber Informationssendungen gemacht.

Sinnhuber: Das würde man heute als Aufarbeitung jüngster Geschichte bezeichnen.

Hupka: Ja, das ist richtig.

Sinnhuber: Sie sind 1969 über die Liste Nordrhein-Westfalen in den Deutschen Bundestag gewählt worden, und in dieser Zeit begann auch die sozial-liberale Koalition. Einer der Kernpunkte dieser Politik war die Ostpolitik. Konnten Sie sich in der Anfangszeit mit den Zielen Willy Brandts auf diesem Sektor identifizieren?

Hupka: Ich habe schon sehr früh gegen diese euphorische Ostpolitik opponiert. Es war nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei sehr bitter, dass man jetzt Breschnew genau das auf dem silbernen Tablett lieferte, was er so gerne hören wollte. Natürlich war ich für einen Frieden, aber man hätte bei diesen Verhandlungen auch die deutsche Karte mitspielen lassen sollen. Man durfte nicht erwarten, dass die Sowjetunion Mitteleuropa verlässt, aber man hat überhaupt nicht darüber gesprochen. Deswegen war ich von Anfang an gegen die formulierte Ostpolitik. 1968 - bevor ich in den Bundestag kam - gab es einen SPD-Parteitag in Nürnberg. Hier habe ich schon dagegen opponiert, als damals Brandt als Parteivorsitzender und Außenminister sagte, dass wir die Oder-Neiße-Linie als Grenze akzeptieren bzw. anerkennen. Es war ein Spiel mit Worten, und dagegen war ich. Ich war der Meinung, dass in einem Friedensvertrag endgültig über Deutschlands Grenzen entschieden werden müsste.

Sinnhuber: Für diese Politik gab es schon Vorläufer z. B. ein Papier der EKD, d. h., dass diese Thematik in der Auseinandersetzung schon da war, bevor die Ostpolitik unter diesen Vorzeichen begann.

Hupka: Ich war auch gegen die EKD-Denkschrift und den Wenzheimer Kreis, weil hier gleichsam eine Entscheidung vorweggenommen wurde, die erst im Friedensvertrag hätte gefällt werden können, und man auf diese Weise eine Politik vorschlug, die man aus der Tasche des Nachbarn Schlesien nahm und opferte, damit man seine Ruhe hatte und eine Wiedergutmachungsleistung erbrachte. Es lief auch alles unter der Perspektive: Wir haben den Zweiten Weltkrieg begonnen, daran gibt es nichts zu rütteln, und dafür müssen wir bezahlen. Ich meinte, dass man hier auch über die Vertreibung reden müsste, die genauso ein Verbrechen war wie der Überfall Hitlers auf Polen. Man muss über beides reden und darf nicht das eine akzentuieren und das andere verschweigen.

Sinnhuber: Zu den wichtigen Worten, die in dieser Atmosphäre gewissermaßen gefallen sind und die zu diesem Aufbruch in der Ostpolitik dazugehörten, war das berühmte Wort Egon Bahrs vom "Wandel durch Annäherung". Wie haben Sie dieses Wort bewertet? Sahen Sie darin eher eine Chance oder doch so etwas, was man später einen "Ausverkauf" nannte?

Hupka: Unter "Annäherung" verstand man, dass Demokraten mit Diktatoren

gemeinsame Sache machen konnten – dagegen war ich von Anfang an. Hier sind Ansätze verwischt worden, die nicht hätten verwischt werden dürfen. Das war die ganze Euphorie der Ostpolitik. Wenn ich an die Ereignisse nach der Wende von 1989/90 denke, hätten wir nicht so stark dafür plädiert, dass in einem Friedensvertrag über die Oder-Neiße-Linie entschieden werden kann, denn da hätte gar keine Verhandlungsmasse auf dem Tisch gelegen. Dass darüber überhaupt verhandelt werden konnte, dass nachher Bundeskanzler Helmut Kohl der Oder-Neiße-Linie zustimmen musste und dass sie bestätigt wurde durch den Vertrag von Moskau, ist darauf zurückzuführen, dass die deutsche Politik von Adenauer beginnend immer wieder gesagt hat, dass erst in einem Friedensvertrag endgültig über Deutschland entschieden werden kann. Dieser Vorweggriff auf die deutsche Substanz, auf Ostdeutschland, ohne dass vertraglich etwas abgesichert wurde, etwas in Aussicht stand, hielt ich für verwerflich.

Sinnhuber: Nun hat sich die SPD, die damals Ihre politische Heimat war, in den Jahren zuvor grundlegend verändert. Ich erinnere an das Godesberger Programm und an die Abkehr vom Klassenkampf. War denn die Ostpolitik der einzige Punkt, der Sie damals zunehmend von Ihrer Partei entfremdete?

Hupka: Das war die Ostpolitik und das Faktum, dass man wieder anfang, mit Karl Marx zu kokettieren. Ich bin überzeugter Katholik und war nie ein Freund von Karl Marx. Das war nicht die offizielle Politik, aber die Tendenzen waren vorhanden.

Sinnhuber: Nun bekamen Sie damals aus dem Osten immer häufiger die Etikettierung des "Revanchisten", der die Realität nicht anerkennen und den Kalten Krieg anheizen will. Man könnte eine Menge von Zitaten in dieser Richtung anfügen, aber auch innerhalb der Bundesrepublik gab es einen Gärungsprozess in den Jahren nach 1968, und da wurden Sie immer häufiger in diese Kategorie eingestuft. Hat Sie das auch persönlich geschmerzt?

Hupka: Nein, denn ich wusste, dass es nicht wahr ist, dass es nur Schlagworte waren, Importartikel aus dem Osten. Meine polnischen Gesprächspartner distanzieren sich deutlich von dem Begriff, und weil dieser Begriff damals in Polen geläufig war, waren sie auf mich neugierig. Dieses Schlagwort "Revanchist" hat mir für meine heutigen Verbindungen geholfen. Ich hielt dieses Schlagwort immer für töricht. Mich ärgerte höchstens, dass sich andere Demokraten dieses Wortes bedienten, ohne damit überhaupt bereit zu sein, in die Diskussion mit einzusteigen. Ich hieß der "ewig Gestrige", der "Revanchist", der "Grenzstürmer". Es gab einen Bundestagsabgeordneten - Rudolf Dressler, der aus dem Bundestag ausgeschieden ist und Botschafter in Tel Aviv werden wird -, der mich als Kriegstreiber ansah und sagte, dass ich unwürdig sei, im Bundestag Mitglied zu sein. Das war mit das schlimmste Erlebnis, das ich hatte. Das fand ich töricht, aber umgeworfen hat es mich nicht. Vielleicht habe ich aus Australien, wo ich aufgewachsen bin, eine dicke Elefantenhaut mitgebracht.

Sinnhuber: Die politische Szene der frühen siebziger Jahre war beherrscht vom Ringen um jene Ostpolitik, um den Kampf um Mehrheiten, um Für und Wider bis hin zum gescheiterten Misstrauensvotum gegenüber Willy Brandt und seinem späteren Rücktritt. Wie war Ihr Verhältnis zu Willy Brandt?

Hupka: Es war kühl, aber kein feindliches Verhältnis. Wir haben nie gegeneinander opponiert, denn er wusste, welchen Standpunkt ich habe. Es gab andere Sozialdemokraten in der Fraktion, die versuchten, mich über den Tisch zu ziehen. Das ging sogar bis zum Bundespräsidenten Professor Heinemann, der meine Frau und mich empfing. Wir führten eine lange Diskussion, und am Ende unterhielten wir uns über den Protestantismus in Schlesien, worüber er sehr gut Bescheid wusste. Ich ließ mich auch hier nicht über den Tisch ziehen, denn ich habe eine feste Überzeugung und bin auch dabei

geblieben, da ich glaube, dass sie richtig ist.

Sinnhuber: In der Außenwirkung – ich war damals ein sehr junger Journalist und habe all dieses auch beobachtet und nicht nur aus der Ferne – erschien es jedoch so, als ob bei diesen harten Auseinandersetzungen nahezu keine Möglichkeit für eine persönliche Verbindung über diese Gräben hinweg möglich gewesen wäre. So wie Sie es schildern, war es aber durchaus anders.

Hupka: Es gab sehr viele Sozialdemokraten, die meiner Meinung waren, auch wenn sie nachher mehrheitlich anders gestimmt haben. Es gibt einen gewissen Corpsgeist in der SPD – ein gewisser Kasernenhofgehorsam –, dass man letztendlich doch alles tat, was die von oben wollten. Vor allem Herbert Wehner, der zuvor einen ganz anderen Standpunkt zur Ostpolitik hatte und sich bei mir bedankte, dass ich standfest geblieben war, wollte anschließend noch mit mir reden. Dieses Gespräch kam nie zustande. Er hat immer sehr taktisch operiert. Als ich als Sozialdemokrat später die Partei verließ, grüßten sie mich nicht mehr, nur wenn wir zu zweit im Fahrstuhl waren. Das war traurig. Das war auch eine bittere Erfahrung.

Sinnhuber: Ich darf noch einige Worte aus jener Zeit zitieren: "Verrat", "Stimmenkauf", "Verzichtspolitik", "Ausverkauf" - eine Fülle von Schlagworten. Sie haben in dieser Schlacht durchaus auch mit harten Worten mitgewirkt. Bedauern Sie heute rückwirkend manches, was Sie damals sagten?

Hupka: Nein, ich bedauere gar nichts, und ich habe meine Memoiren auch mit dem Titel versehen "Unruhiges Gewissen". Viele haben mir ganz im Vertrauen zugestimmt, dass es richtig war, hier Position bezogen zu haben. Ich glaube, dass ich kein böses Wort gegenüber dem polnischen Volk gesagt habe. Deswegen besteht jetzt die Möglichkeit, dass meine Memoiren, die immerhin 450 Seiten umfassen, ins Polnische übersetzt werden. Ich brauche nichts zurückzunehmen, weder politisch noch gegenüber dem polnischen Volk.

Sinnhuber: Mit dem Buchtitel wollten Sie aussagen, dass nicht Ihr Gewissen unruhig ist, sondern Sie wollen immer noch das Gewissen beunruhigen in Bezug auf die Punkte, die Ihnen wichtig sind.

Hupka: Ich stimme Ihnen zu, dass ich andere beunruhigen möchte, damit sie sich nicht mit dem Geschehenen abfinden. Ich habe damit auch schon Erfolge erzielt, denn ich kann heute mit den Polen über das Verbrechen der Vertreibung diskutieren. Sie respektieren meinen Standpunkt. Es gibt eine Menge Argumentationen auf Seiten der Polen und auf Seiten der Deutschen. Das ist eine Beunruhigung, dass man sich mit dem Unrecht – wer auch immer daran Schuld hat – nicht zufrieden gibt und ja sagt. Die Ereignisse auf dem Kosovo sind eine Widerspiegelung dessen, was 1945/46 passiert ist. Hier gibt es einen Streit mit dem ersten polnischen Premierminister Mazowiecki, der zu mir sagte: "Hupka, sei da vorsichtig, denn das war bei den Serben ein Kriegsziel, während bei uns die Vertreibung nur eine Kriegsfolge war." Ich antwortete darauf: "Für das Opfer ist es gleichgültig, ob es Kriegsziel oder Kriegsfolge war. Die Vertreibung ist ein Verbrechen." Das war nur eine Möglichkeit, die den Demokraten die Chance gibt, die Wahrheit zu finden. Wir Deutschen und die Polen haben bis jetzt noch nicht die ganze Wahrheit gefunden.

Sinnhuber: Da wird mit Sicherheit auf beiden Seiten zusammen mit anderen osteuropäischen Staaten noch manche Diskussion nötig sein. Ich möchte auf einen anderen Punkt kommen: Die Integration der Vertriebenen, der Flüchtlinge, in der Bundesrepublik war zu der Zeit, als Sie so richtig in der Politik aktiv wurden, und dann vor allem in den siebziger Jahren relativ weit fortgeschritten, trotz der traumatischen Erfahrung von Vertreibung, Verlust von Heimat und lieben Verwandten. Das war sicherlich mit ein Verdienst von Vertriebenenpolitikern wie Ihnen. Trotzdem haftete Ihnen der Ruf des

"ewig Gestrigen" an, der Ruf derer, die das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 wiederherstellen wollen. War das damals wirklich Ihr Ziel?

Hupka: Der Ausgangspunkt der gesamten Politik war "Deutschland in all seinen Teilen" - so hieß es auch im CDU-Programm. "Deutschland in all seinen Teilen" war in der Weimarer Zeit eine friedliche Republik, deshalb die Grenzen von 1937. In der Politik ist es uns aufgetragen, so "viel wie möglich von Deutschland für Deutschland zu retten" – das ist übrigens ein Wort von Herbert Wehner, das er immer wieder benutzte und das ich mir zu eigen machte. Man muss in der Politik die Chancen nutzen. Sie haben oder hätten bestanden, aber wenn man überhaupt nicht mit Postulaten in die Politik geht, nicht mit einer Vision, dann sollte man aufhören, Politik zu betreiben. Dann ist man ein Nach- oder Mitläufer und stimmt allem zu. Das Mittel der Gewalt, des Krieges, kam überhaupt nicht in Frage. Als ich von der Destabilisierung des Ostblocks geschrieben habe, meinte ich verbale, moralische, ethische Destabilisierung, keine militärische oder gewaltsame. Das wurde damals missverstanden, auch von dem damaligen Außenminister Genscher, der mich schwer angriff. Es ist bei uns gerade in den siebziger Jahren der Eindruck entstanden, wir müssen alles stabilisieren, wir dürfen nichts verändern, sondern nur ja sagen. Ich möchte gleich ausschließen, was als drohende Konsequenz immer projiziert wird, nämlich ein Krieg, eine gewaltsame Änderung.

Sinnhuber: Diese Grenzen von 1937 waren für Sie gewissermaßen der Ausgangspunkt und nicht das Ziel.

Hupka: Es wäre schön gewesen, wenn es ein Ziel hätte sein können, aber der Ausgangspunkt war, von Deutschlands Grenzen von 1937 auszugehen.

Sinnhuber: Sie wechselten 1972 die politischen Seiten und sind in die CDU eingetreten. Ihr Mandat, das Sie über die SPD errungen hatten, haben Sie – das hat man Ihnen auch vorgeworfen – mitgenommen.

Hupka: Das gehört zum Ritual der Parteien.

Sinnhuber: Hat Sie dieser Frontenwechsel in gewisser Weise gequält? Vielen fällt es nämlich schwer, die SPD zu verlassen und zur CDU zu wechseln.

Hupka: Ich habe viele Freunde in allen Parteien. Ich habe meine Verbindung zur SPD nie so eng gesehen, dass ich keine Kontakte zu anderen Parteien gehabt hätte. Ich stand zu meinem Entschluss, denn ich konnte zur SPD-Politik unter Brandt nicht ja sagen.

Sinnhuber: Nun erschien es - zumindest auf den großen Veranstaltungen der Landsmannschaften, nicht nur der Schlesischen - immer so, als ob diese Landsmannschaften erratische Blöcke wären, die sich in der politischen Zielsetzung immer einig wären. Gab es nicht hin und wieder unterschiedliche Meinungen, die man nur nach außen hin nie gesehen hat?

Hupka: Ich kann mich jetzt nicht so daran erinnern, aber wenn ich an die letzten Präsidenten der Vertriebenen denke, dann gab es hier keine unterschiedlichen oder gegensätzlichen Standpunkte. Natürlich gibt es auch da und dort radikale Stimmen, die in der großen Minderheit geblieben sind. Mit diesen muss man aber immer rechnen, denn in der Politik ist nicht alles eine Einbahnstraße. Es gehört auch zu den Erfolgen, auf die ich stolz bin, dass es keine Sehnsucht nach Gewalt und Intifada gab. Es war eine Politik der Gewaltlosigkeit, und wiederholt habe ich die Gewalt der Gewaltlosigkeit von Ghandi genannt und sie mir zum Vorbild genommen.

Sinnhuber: Trotz vieler harter Auseinandersetzungen hat dann auch die Union auf weiten Strecken an dem von Willy Brandt eingeschlagenen oder durch Verträge dann festbetonierten Kurs letztlich nicht gerüttelt. Ich erinnere an den Satz von Franz Josef Strauß: "Verträge sind einzuhalten." War die Union trotzdem Ihre politische Heimat, an der Sie nie Zweifel hatten?

- Hupka:** Mir wird immer nachgesagt, dass ich viele Konflikte in der CDU/CSU gehabt hätte. Das hatte ich aber nicht. Ich hatte heftigen Streit mit Geißler, weil er in einem kleinen Kreis eine sehr gute Rede gehalten hatte und nachher dafür sorgte, dass die Rede nicht veröffentlicht wurde, weil er den Leuten nur nach dem Mund geredet hatte. Ich habe auch mit anderen manchmal gestritten, aber ich fühle mich in der Partei CDU/CSU zu Hause, auch wenn ich nicht mit jedem Akzent einverstanden sein muss.
- Sinnhuber:** Sie sind heute noch in der Union aktiv tätig.
- Hupka:** Ja. Ich bin auch bei den Vertriebenen aktiv tätig. Ich bin der Vorsitzende des ständigen Rates der ostdeutschen Landsmannschaften, deswegen waren wir auch schon dreimal in Warschau. Ich betreibe nach wie vor Außenpolitik und habe sehr engen Kontakt zu den Leuten, die heute das Sagen in der Partei haben.
- Sinnhuber:** Die Oder-Neiße-Grenze ist erst 1990 in einem ganzen Paket von Verträgen endgültig und formell von der Bundesregierung als deutsche Ostgrenze festgeschrieben, besiegelt und anerkannt worden.
- Hupka:** Ich möchte das Wort "bestätigt" vorziehen, denn das Verbum "anerkannt" kommt in keinem der Verträge vor.
- Sinnhuber:** Die Deutsche Einheit war erreicht, der Ostblock zerfiel, und ehemalige Gegner wurden zu Partnern. Ist die Grenzdebatte nun auch für Sie endgültig erledigt?
- Hupka:** Nein, das würde ich nicht sagen. Die polnischen Journalisten würden sofort ein Ohr dafür haben, wenn ich das so artikuliere, wie ich das hier artikulieren will. Als Demokraten haben wir uns verpflichtet, die Verträge einzuhalten. Gleichzeitig kann ich als Demokrat aber auch Kritik üben. Die Vertreibung war die Voraussetzung für den gegenwärtigen Zustand. Die Oder-Neiße-Grenze ist das letzte Erbstück von Stalin und seinem Imperialismus. Das haben die Polen so immer wiedergegeben. Wir müssen uns aber an die bestehenden Verträge halten. Die Souveränität über Breslau ist heute eine polnische Souveränität.
- Sinnhuber:** Letztlich hat die innere Erosion gerade in Polen – wozu Schlesien heute gehört - einige Jahre vorher schon begonnen. Heute ist Polen Bündnispartner der Nato und Anwärter auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Trotzdem heißt es in der Dokumentation "50 Jahre Landsmannschaft Schlesien" wörtlich: "Es gibt keinen Schlußstrich in der Geschichte. Deshalb berufen wir uns auf den 'peaceful change', also auf den friedlichen Wandel bestehender Unrechtstatbestände." Wie ist dieser Satz konkret zu verstehen?
- Hupka:** Unrechtstatbestände sind nicht für die Ewigkeit. In der Politik gibt es keinen Schlußstrich. Ich sage noch einmal, dass gewaltsame Veränderungen ausscheiden. Wenn wir durch die Europäische Union eine Regionalisierung haben, weshalb soll sich dann manches über die Grenzen hinweg verändern? Wir sagen, dass die Grenzen durchlässig sind und heute keine Rolle mehr spielen. Das muss realisiert werden. Mit diesem Bezug auf den "peaceful change" und auf die Akte von Helsinki habe ich auch immer wieder Zustimmung von den Polen erhalten. Mit den Polen zu diskutieren ist insofern erfreulicher, als hier mit Deutschen zu diskutieren, als sie nicht den Vorspann von mir haben vom "ewig Gestrigen" und den Nachspann "der hat noch nichts gelernt", sondern sie nehmen das zur Kenntnis, was man sagt und sind sehr aufgeschlossen. Wobei ich hinzufügen, dass es nicht immer leicht ist, mit Polen zu diskutieren. Zurzeit gibt es einige Rückfälle, weil ein Abgeordneter der polnischen Bauernpartei aus Breslau heftig gegen die Deutschen in Oberschlesien zu Felde zieht und sagt, sie würden an der Germanisierung interessiert sein und sich aushalten lassen von der revanchistischen Bundesregierung. Radikale gibt es immer wieder, und

man muss mit ihnen leben.

Sinnhuber: Bereits 1990 haben Sie Ihre ehemalige Heimatstadt wieder besucht. 1997 sind Sie von der Stadt Ratibor für Ihre Verdienste bei der Hilfe gegen die Hochwasserfolgen geehrt worden.

Hupka: Ich bin 1998 zum "Verdienten Bürger der Stadt" erklärt worden, aber nicht wegen meiner Hilfe bei der Überflutung, sondern weil ich dafür gesorgt habe, dass die deutsch-polnische Stiftung, die über Millionen pro Jahr verfügt, einen Teil des Betrages der neuen Kläranlage in Ratibor zur Verfügung stellt. Mir ist meine Heimatstadt am Herzen gelegen. Weshalb soll es Ratibor heute schlechter gehen, als es den Deutschen einmal ging? Ich habe alles getan, damit dort eine Kläranlage gebaut wurde. Der Stadtpräsident von Ratibor sagt heute, dass die modernste Kläranlage in Ratibor sei und Hupka dafür Sorge getragen habe. Mir geht es darum, dass es den Menschen in der Heimat gut geht. Ich habe während der Überflutung viel getan, das war aber nicht der Grund für die Ehrung.

Sinnhuber: Was empfinden Sie heute, wenn Sie Ratibor besuchen?

Hupka: Dieselbe Frage stellen mir heute auch immer wieder die Polen. Natürlich ist Ratibor meine Heimatstadt, dort liegen auch meine Familienangehörigen begraben, um die sich übrigens daheim gebliebene Deutsche liebevoll gekümmert haben, aber es ist eine verfremdete Stadt. Die Häuser und die Schule sind gleich geblieben, aber es leben dort bis zu 80 Prozent Polen. Ich habe einige Freunde dort und fühle mich in der Stadt sehr wohl mit einer kleinen Enttäuschung, aber dafür können die heutigen Bewohner nichts: Die Oder wurde schon in den dreißiger Jahren kanalisiert, und heute ist sie dort nur noch ein kleines Rinnsal. Meiner Frau habe ich immer etwas von einem breiten Strom erzählt, und ich muss mich immer korrigieren, dass durch Ratibor nur ein kleines Rinnsal fließt, kleiner als die Isar in München.

Sinnhuber: In der bereits erwähnten Dokumentation sind auch die Sätze zu lesen: "Die Vertriebenen bleiben solange Vertriebene, solange sie nicht vom Recht auf die Heimat Gebrauch machen können." Was steht konkret hinter diesem Satz?

Hupka: Dahinter steht das Recht auf die Heimat. Sie müssen in der Diskussion mit Polen hier immer eine Korrektur anbringen, weil es das Wort "Heimat" dort nicht gibt, denn die Polen verstehen darunter das Vaterland. Deshalb haben sie geglaubt, dass die Deutschen zurück wollen, und was sie nicht mit dem Panzer geschafft haben, wollen sie jetzt mit der D-Mark schaffen. Es geht um die Möglichkeit, wieder in der Heimat sesshaft zu werden. Ob das viele machen werden, ist eine andere Frage. Zur Freiheit gehört aber das Recht auf Heimat, und solange von diesem Recht kein Gebrauch gemacht werden kann und sollte, solange bleiben die Vertriebenen Vertriebene. Ich bin auch aus der Heimat vertrieben worden. So wie die Kosovo-Albaner mit Hilfe der Westmächte zurückkehren sollen, wollen und dürfen, so müsste es in gleicher Weise möglich sein, von diesem Recht auf die Heimat Gebrauch zu machen. Da ist eine sehr langwierige und schwierige Diskussion in Warschau notwendig, die geführt wird. Die Polen haben Angst, dass eine Überschwemmung von Deutschen eintreten wird nach dem Beitritt in die EU. Gewerkschafter sagen, dass eine Überschwemmung von billigen Arbeitskräften aus Polen kommen werde. Mit solchen Vorbehalten sollten wir nicht den Beitritt Polens zur EU begleiten. Ich bin ein Befürworter des Beitritts Polens, und dann wird es selbstverständlich sein, dass man auf das Recht auf Heimat Gebrauch machen kann.

Sinnhuber: Ich muss korrekterweise noch hinzufügen, was Sie in vielen Artikel geschrieben haben: "Jede Vertreibung ist eine Vertreibung zu viel", d. h., also auch eine neue Vertreibung von jetzt ansässigen Polen ist außerhalb jeder denkbaren Möglichkeit.

- Hupka:** Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie das noch erwähnen. Ich sagte das bereits in den sechziger, siebziger und auch in den achtziger Jahren.
- Sinnhuber:** Sie beklagen Defizite beim Umgang der Polen mit der dort ansässigen Bevölkerung. Welche konkreten Schritte erwarten Sie von den polnischen Regierungsstellen, von der polnischen Verwaltung?
- Hupka:** Ein Schritt wurde erst vor kurzem getan: Man hat Anklage gegen einen Schuldigen des Arbeitslagers Lambsdorf erhoben, der während des Kommunismus freigesprochen wurde. Jetzt ist gegen ihn noch einmal Anklage erhoben worden. Ich sage immer, dass man der Schuldigen habhaft werden muss. Wir Deutsche haben uns bemüht, nach 1945 aller Schuldigen habhaft zu werden. Kritiker sagen, dass wir auch viele haben laufen lassen, aber wir haben uns dennoch darum bemüht. Das fehlte bis jetzt in Polen. Der zweite Punkt ist, dass man die Vertreibung aufarbeitet, dass man sich all dem, was Vertreibung wirklich bedeutet, stellt. Auch hier sind Schritte nach vorne gemacht worden. Der dritte Punkt ist, dass Deutsche dort, wo sie mehrheitlich leben, auch die Gelegenheit haben, als Beamte in die Behörden hineinzukommen. Viertens ist mein Anliegen, dass man zweisprachige Ortsschilder zulässt. Das ist ein heißes Eisen in Polen. Uns haben bedeutende Leute wie Mazowiecki gesagt, dass man abwarten müsse. Ich habe den Vorschlag gemacht, dass man doch mit Kreisau anfangen sollte. Kreisau ist für uns ein historischer Ort, denn dort sammelte sich der Widerstand. Weshalb sollte man es Krisomau, und nicht Kreisau nennen? Es wurde mir entgegnet, dass die Nazis die dortigen Ortsnamen alle germanisiert haben. Ich habe vorgeschlagen, dass man die Bevölkerung entscheiden lassen sollte, welchen Namen sie will. Selbst die Nazis haben den Geburtsort von Eichendorff Lubowitz genannt. Jetzt haben die Polen daraus Lubowicze gemacht. Ich sehe nicht ein, dass man alles polnisieren muss. Die Zweisprachigkeit in Gegenden, in denen die Deutschen in der Mehrheit sind, halte ich für dringend geboten, denn wir verhalten uns auch so gegenüber den Sorben in der Schlesischen und Brandenburger Lausitz.
- Sinnhuber:** Wie schwierig das ist, kann man auch an einigen Nachbarländern sehen. Man muss nur nach Südtirol blicken: Dort dauerte es quälend lange, die beiden Sprachen Italienisch und Deutsch nebeneinander bestehen zu lassen. Ebenso ist es in Österreich, in Kärnten mit den Slowenen. In Ostösterreich ist es gerade gelungen, in manchen Orten mit gemischter Bevölkerung auch kroatische Ortsnamen aufzustellen.
- Hupka:** Sicherlich ist das kein leichter Weg. Die Deutschen sind eine respektable Minderheit, weniger in Ost- und Niederschlesien. Vor kurzem habe ich von einer Gemeinde in Schlesien gehört, in der 67 Prozent Deutsche leben, und da soll es in einem Papier heißen: "mehrere Volksgruppen leben nebeneinander". Hier muss man schon ein wenig aufpassen und sich aufgeschlossener zeigen. Wir brauchen auch Advokaten. Ich habe den Eindruck, dass die gegenwärtige Bundesregierung nicht die Verbindungen zum Osten pflegt, die notwendig sind. Hier gibt es das Wort von Bundeskanzler Schröder, dass es völlig absurd sei, noch mit alten Vorstellungen zu operieren. Nein, das ist falsch, denn die Deutschen sind da, sind polnische Staatsbürger deutschen Volkstums und haben ihre Rechte. Die Polen sind auch in vielen Dingen bereit, ihnen das zu gewähren, aber es gibt immer noch offene Fragen, die man sehr friedlich erörtern muss.
- Sinnhuber:** Es lässt sich aber dann auch sehr pragmatisch erledigen.
- Hupka:** Bei einer Gruppe der gegenwärtigen Koalition habe ich den Eindruck, dass hier wieder eine sehr ideologische Politik gemacht wird. Ich bin aber strikt gegen eine Ideologie in der Politik.
- Sinnhuber:** Sie haben als erwachsener Mann den Aufstieg und Zerfall zweier

Diktaturen hautnah miterlebt und ein halbes Jahrhundert gegen viele Widerstände gegen Ihre Volksgruppe und Ihre Heimat gekämpft. Sie haben auch eine neue Heimat gefunden. Hat sich rückblickend für Sie dieser Kampf gelohnt?

Hupka: Ich habe keine neue Heimat, sondern ein neues Zuhause gefunden, in dem ich mich sehr wohl fühle. Ich habe mich auch in Bonn und in München wohlfühlt, zumal meine Frau Münchnerin ist. Der Kampf hat sich selbstverständlich gelohnt, denn es war ein Kampf der Freiheit, des Rechts, der geschichtlichen Wahrheit, und einiges hat sich verändert, zwar nicht aufgrund des Engagements von Herbert Hupka, aber vielleicht hat er ein paar Millimeter mitgeholfen, dass sich etwas verändert und dass Positionen aufrecht erhalten sind. Ich bin nicht unzufrieden, aber man darf nie mit dem zufrieden sein, was man bis jetzt getan hat.

Sinnhuber: In einer Zeitungskolumne haben Sie vor etwa zehn Jahren mit Blick auf den Nachbarn Polen geschrieben: "Da das Unrecht nicht zum Recht erklärt werden darf und da der Verzicht auf jegliche Rache und Gewalt deutscherseits ehrlich und überzeugend gemeint ist, bedürfen wir mit Blick auf die Zukunft eines freies Europas neuer Formen des Zusammenlebens." Zum Schluss zitieren Sie Ben Gurion: "Die Utopie von heute ist die Realität von morgen." Wenn man Sie aus den alten Zeiten kennt, ist man manchmal versucht zu fragen: Ist das nun späte Einsicht des Alters, oder war dies trotz aller Kämpfe eine Grundlinie der Politik, die nur von anderen Eindrücken und lauten Worten überlagert worden ist?

Hupka: Das war immer meine Politik: die Utopie von heute ist die Realität von morgen. Wenn ein Politiker keine Vision hat, dann soll er aufhören, Politiker zu sein, denn ein Politiker braucht Visionen. Politik muss die Möglichkeit der Realisierung beinhalten, und es muss auch ein Ziel geben. Ein Ziel ist jetzt z. B. Europa, der Beitritt von sechs Staaten zur Europäischen Union. Dasselbe gilt für die geschichtliche Wahrheit. Deshalb fahre ich auch in Jahresabständen mit der entsprechenden Landsmannschaft nach Warschau, um dort Gespräche zu führen. Das erste Mal, im Jahre 1998, herrschte große Neugierde. Beim zweiten Mal stand uns die Erklärung des Bundestages im Wege, beim dritten Mal - fand ich - war man auf das Gespräch vorbereitet, und man war aufgeschlossener, bereit über alle Punkte zu sprechen. Ich bringe kein festgeschnürtes Paket mit zurück, aber die Möglichkeit des Gesprächs und die Möglichkeit, etwas zum Besseren wandeln zu können, ist vorhanden.

Sinnhuber: Ich danke Ihnen, Herr Dr. Hupka, und auch Ihnen, verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer, fürs Zuschauen bei diesem Alpha-Forum.